

Gesichert in den Untergang

Doktorarbeit zur Geschichte der DDR-Grenzsicherung und ihrer Grenztruppen

Walter Ulbricht und Erich Honecker war es mit der Grenzschließung am 13. August 1961 in Berlin nicht allein gelungen, die politische und ökonomische Lage in der DDR zu stabilisieren, die durch die anhaltende Massenflucht Zehntausender akut gefährdet war. Denn gleichzeitig mussten sich Nikita Chruschtschow und seine Statthalter im Osten Europas eingestehen, dass der "Siegeszug des Sozialismus" entlang der deutsch-deutschen Grenze endgültig zum Stehen gekommen war, den die Sowjetarmee 1944/45 auf ihrem Weg gen Westen hatte vollziehen können.

Die Errichtung der "Berliner Mauer" barg daher für ihre Erbauer ebenso wie die Absperrung der gesamten innerdeutschen Grenze seit dem Tag ihrer Errichtung gleichzeitig das Menetekel der Niederlage im "Wettstreit der Systeme" nach sich.

Die Mauer ist eng mit dem Namen Erich Honecker verknüpft. Er war für Planung und Durchführung der Abriegelung West-Berlins verantwortlich. Als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates ließ er den Ausbau der Grenzsicherungsanlagen forcieren. Er ordnete die Einführung der richtungsgebundenen Splittermine "SM-70" an, des wohl schrecklichsten Synonyms für diese Trennlinie zwischen den beiden deutschen Staaten, die verschiedenen Gesellschaftssystemen und Militärbündnissen angehörten. Von Honecker gingen Mitte der 1980-er Jahre allerdings auch die entscheidenden Impulse für jene Veränderungen im DDR-Grenzregime aus, die die totale Durchbruchsicherheit mit dem Verzicht auf einen Schusswaffeneinsatz verbinden sollten.

Schließlich führten seine kritischen Worte im April 1989 über die vermeintliche Unfähigkeit der Grenztruppen, Grenzdurchbrüche ohne Schusswaffengebrauch zu unterbinden, zur Einschränkung des im Paragraph 27 des DDR-Grenzgesetzes

verankerten Gebots zum Schusswaffeneinsatz durch Grenzsoldaten.

Im Besonderen geschah dies unter dem Eindruck zahlreicher innen- und außenpolitischer Entwicklungen. Den ersten Schritt machte die sozialliberale Bundesregierung Brandt/Scheel, die mit der tradierten Deutschlandpolitik Konrad Adenauers brach. Darüber hinaus waren allerdings auch rein militärtechnische und finanzökonomische Aspekte ausschlaggebend, die aus konstruktiven Mängeln und Unzulänglichkeiten eines Teils der eingesetzten Grenzsicherungsanlagen und den immensen Kosten für eine immer ausgefeiltere Überwachungstechnologie resultierten.

Um auf diplomatischem Parkett keine Angriffsfläche mehr für Vorwürfe ob der Schüsse oder Minenexplosionen zu bieten, schienen weitreichende und tiefgreifende Veränderungen im Grenzsicherungssystem unabdingbar. Die auf der 67. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR am 1. Juli 1983 beschlossene "Anordnung zur Entwicklung und zum Einsatz moderner Grenzsicherungsanlagen mit physikalischen Wirkprinzipien ohne Minen" markierte den Ausgangspunkt intensiver wissenschaftlicher Untersuchungen an militärischen und zivilen Forschungseinrichtungen. Bereits im folgenden Jahr konnten die Grenztruppen erste Versuche mit modernen Sensorsystemen durchführen. In einer Untersuchung des Militärtechnischen Instituts der NVA wurde den Grenztruppen 1985 die Konzeption einer Grenzsicherungsanlage 90, »GSA 90«, für den Einsatz über die Jahrhundertwende hinaus vorgelegt. Allerdings blieben die Resultate über Jahre hinweg unbefriedigend und führten zur Erkenntnis, dass erhebliche Terminverschiebungen und beträchtliche Mehrkosten einzuplanen waren. Die für die Grenzsicherung der 1990-er Jahre vorgesehene »GSA 90« ist Ausdruck eines gleichermaßen modernen wie effektiven militärpoli-



Fotos: Ulf Dahl/Freie Presse

tischen Denkens, das die eigene Bevölkerung auch in Zukunft an einer Flucht aus der DDR hindern sollte. Zudem setzte man alles daran, durch enge Zusammenarbeit zwischen Volkspolizei, MfS, den örtlichen und regionalen SED-Leitungen und den Grenztruppen das Netz aller Sperr- und Kontrollmaßnahmen bereits im Vorfeld des Grenzgebietes noch engmaschiger zu knüpfen.

Noch am 16. Juni 1989 beschloss der Nationale Verteidigungsrat, die gesamte Organisationsstruktur der Grenztruppen deutlich zu straffen. Ein vorrangiges Ziel war, die Truppenstärke zu verringern. Signal- und Sperrtechnik, die im Grenzgebiet verdeckt oder offen installiert werden sollte, hatte die frühestmögliche Erkennung von Durchbruchversuchen zu gewährleisten und den Grenzern mehr Zeit zu verschaffen, um die Festnahme einzuleiten. Der vom Westen einsehbare Schutzstreifen selbst sollte von sichtbarer Sperrtechnik befreit werden, um keinen Anlass mehr zur "Hetze gegen die DDR" zu geben. Einzelne mobile Grenztruppen-Patrouillen in Schutzstreifen und Sperrgebiet wären dann für die Grenzsicherung ausreichend gewesen.

Unter diesen Umständen hätte sich die Flucht aus der DDR weiter erschwert. So bleibt zu mutmaßen, dass das Antlitz des SED-Politbüros und seines auf außenpolitische Anerkennung und Erfolge bedachten Generalsekretärs, Erich Honecker, nach den Vorstellungen und Planungen aller Verantwortlichen international künftig weniger an Beschädigungen erfahren hätte.

Dr. Hendrik Thoß
Professur Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts